

Konfliktlinien im deutschen Parteiensystem
Eine Fortentwicklung des Cleavage-Modells

Universität Bamberg
Seminar: Parteiensysteme im Vergleich
Teilbereich Politische Systeme
Leitung: Dipl.-Pol. Andreas Gruber
Referent: Daniel Schamburek (Politikwissenschaft Dipl.)
3. August 2007 / SS 07

A Fragestellung

B Das Cleavage-Modell

- 1 Die vier traditionellen Cleavages**
- 2 Aktualität, Anwendbarkeit und Erklärungsgrad des Modells**
- 3 Sozialstrukturelle Veränderungen und neue Konfliktlinien**

C Die Fortentwicklung des Cleavage-Modells durch die Einführung von Skalen

- 1 Das Modell**
- 2 Die Faktoren**
- 3 Die Messung**
- 4 Die Interpretation**

D Die deutschen Parteien im Modell - Ein Überblick

- 1 Christlich-Demokratische Union**
- 2 Christlich-Soziale Union**
- 3 Freie Demokratische Partei Deutschlands**
- 4 Bündnis90 / Die Grünen**
- 5 Sozialdemokratische Partei Deutschlands**
- 6 Die Linke / Linkspartei / PDS**
- 7 Nationaldemokratische Partei Deutschlands**

E Probleme des Modells

A Fragestellung

Nachdem sich die Parteienlandschaft in den letzten Jahren bedeutend verändert hat und weitere Verschiebungen zumindest in Aussicht sind, muss neu über die Einflüsse auf das Wahlverhalten der Bundesbürger und das Parteiensystem nachgedacht werden.

In dieser Arbeit wird der theoretische Ansatz von Lipset und Rokkan, nachdem die Partei-Identifikation des Wählers und die Identität der Partei maßgeblich durch die Konfliktlinien der Gesellschaft geprägt sind, betrachtet. Passt das Cleavage-Modell noch zur Erklärung der politischen Landschaft in Deutschland? Lösen sich die Konfliktlinien Schritt für Schritt durch Wohlstand und Schnelllebigkeit der Gesellschaft auf? Entstehen neue Konfliktlinien?

Hierzu wird ein – dem Rahmen dieser Arbeit entsprechender - Versuch unternommen, das Cleavage-Modell den Gegebenheiten des Parteiensystems der BRD anzugleichen.

Um die deutsche Parteienlandschaft besser verständlich zu machen, wird die Positionierung der jeweiligen, im Parlament vertretenen, Partei durch verschiedene Skalen innerhalb des Modells erklärt. Anhand der Parteien können nun die, im B- und C-Teil erwähnten, Probleme für die Praxis konkretisiert oder umgedeutet werden.

Zunächst muss die theoretische Basis der Arbeit erörtert werden, die es zu bestätigen, zu verwerfen oder zu modifizieren gilt.

B Das Cleavage-Modell

Das Cleavage-Modell von Martin Lipset und Stein Rokkan hat sich soweit in der Wissenschaft etabliert, dass dessen Gültigkeit bis in die letzten Jahrzehnte hinein kaum angezweifelt wird.

1 Die vier traditionellen Cleavages

Ein Cleavage kann man als Graben zwischen zwei gegensätzlichen Konfliktparteien innerhalb einer Gesellschaft verstehen. Die bloße Feststellung, dass sich die Gesellschaft in zwei Gruppen unterteilen lässt, reicht jedoch nicht aus. Rokkan und Lipset machen eine solche Konfliktlinie an drei Punkten fest:

1. Eine sozialstrukturelle Konfliktlinie muss gegeben sein.
2. Die Konfliktlinie muss ein Massenproblem darstellen, bei dem sich die Betroffenen ihrer Zugehörigkeit bewusst sind.
3. Die Konfliktparteien müssen organisiert sein. Hier sind insbesondere Verbände, Gewerkschaften, Kirche und Parteien zu nennen, die ihr Gewicht innerhalb der Gesellschaft deutlich machen können.

Wenn nach diesen Gesichtspunkten ein Cleavage identifiziert werden soll, sind vier Grundtypen von Konfliktlinien auszumachen: center-periphery-, church-state-, rural-urban- und class-conflict. Sie lassen sich bis auf die Bildung der Nationalstaaten bzw. die Industrialisierung zurückverfolgen. (Gallagher/Laver/Mair, 2006, S. 265ff)

2 Aktualität, Anwendbarkeit und Erklärungsgrad des Modells

Zunächst ist zu prüfen, ob die Cleavages auch heute noch anwendbar sind und – wenn sie noch vorhanden sind – ob sie etwas von ihrer Erklärungskraft eingebüßt haben. Görl macht zwei Argumentationsstränge aus, die für ein „Cleavage-Sterben“ sprechen: der sozialstrukturelle Wandel selbst und die Tendenz dazu, der sozialen Herkunft bei der Ausbildung von Interessen und der politischen Wertordnung weniger Bedeutung beizumessen¹. Hier wird im Folgenden dem Begriff „Nivellierung“ besondere Bedeutung zukommen.

Den Einfluss Ostdeutschlands als postsozialistische Transformationsgesellschaft (Görl, 2007, S.14) muss man dabei bei der Betrachtung des Gesamtmodells im Hinterkopf behalten.

Der Staat-Kirche-Konflikt hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte massiv abgeschwächt. Zwar sind klare Unterschiede zwischen protestantisch, katholisch und konfessionslos geprägten Parteien deutliche erkennbar, jedoch sind die Konfliktlinien kaum noch vorhanden, vergleicht man diese mit den gewichtigen Streitigkeiten bezüglich Säkularisation und der Einflüsse der Kirche auf den Staat in der Vergangenheit. Biehl stellt fest, dass sogar bei der CDU - in deren Namen das Christliche verankert ist - nicht mehr von einer christlichen, sondern nur noch von einer christlich-orientierten, Partei die Rede sein kann (Biehl, S. 284f). Die Strukturen sind weiterhin erkennbar, während

¹ Görl, 2007, S.18

die Stärke der Bindung insgesamt gesehen abgenommen hat. Dies gilt ebenso für die protestantisch geprägte Sozialdemokratie.

Anwendbar auf die deutsche Parteienlandschaft ist dieses Cleavage allemal. Der Erklärungsgrad nimmt jedoch im Vergleich zu anderen Konfliktlinien deutlich ab.

Umgekehrt verhält es sich mit dem center-periphery-Konflikt. Bis zum Mauerfall in den 90ern kaum vorhanden, steht dieser Punkt wieder intensiver zu Diskussion. Dabei kann man von einer kompletten Abwesenheit dieses Cleavages bis zu jenem Zeitpunkt jedoch auch nicht sprechen. Wichtig zu nennen sind die Autonomie- bzw. Unabhängigkeitsbestrebungen einiger Landesteile und Bundesländer. Die DP verbuchte wegen ihrer stark regionalistischen Einstellung große Anfangserfolge². Historisch gewachsene - vor allem kulturelle - Eigenheiten bestimmten so einige Diskussionen im bundesdeutschen Parlament. Vorgreifend ist an dieser Stelle die CSU in Bayern aber auch die Bayernpartei zu nennen.

Neuen Aufwind erhält der Konflikt mit der Integration des ostdeutschen Gebiets in die bundesrepublikanische Gesellschaft. Unterschiede in Sprache, Arbeitslosenquote, Arbeitsbedingungen und Lebensqualität lassen das bisher zurückgedrängte Zentrum-Peripherie-Cleavage aufleben.

Der Stadt-Land-Konflikt birgt einige Interpretationsgefahren in sich. Auf der einen Seite kann man die Cleavage-Bezeichnung wörtlich nehmen, zum anderen wird der Begriff von einigen Wissenschaftlern interpretatorisch gedehnt und ausgeweitet.

In Deutschland ist eine Unterscheidung zwischen Stadt- und Landbevölkerung üblich und sinnvoll, auch wenn die Erklärungskraft im Modell im Laufe der Zeit gesunken ist. Hauptthemen des Konflikts sind Versorgungsleistungen und landwirtschaftliche Fragen auf dem flachen Land gegen Finanzierungs- bzw. Steuerfragen in den Städten. Als Beispiel sei hier ein Problem genannt, das sich mit der suburbanen Besiedelung beschäftigt: den bisherigen Tendenzen, die eine Bevölkerungsverschiebung vom Land in die Stadt zeigten, treten nun schon seit mehreren Jahren Bewegungen von der Stadt in deren Umland entgegen. Gewerbebetriebe siedeln in den Nachbargemeinden der kreisfreien Städte, um hohe Steuersätze zu vermeiden. Benachteiligt ist die Stadt selbst,

² Vgl. Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Teilband III, Geschichte der DP

die keine Gewerbesteuer von diesen Betrieben erheben kann. Der Speckgürtel profitiert, während abgelegene Gemeinden nichts von der Konzentration in den Ballungsräumen haben.

Die wörtliche Auslegung ist durchaus nötig und muss in der Komplexität des Gesamtmodells berücksichtigt werden.

Durch Mielke wird das Cleavage deutlich geweitet und bekommt dadurch eine Bedeutung, die zwar große Schnittmengen zur ursprünglichen Konfliktlinie aufweist, jedoch diese nicht ganz beinhaltet. Er macht aus der Interpretation von Lipset und Rokkan (traditionell-agrarisch und modern-städtisch) die Begriffe Traditionalismus und Modernisierung (Mielke, S. 80). Lipset und Rokkan hätten den Stadt-Land-Gegensatz als ökonomischen Konflikt überschätzt und als ideologisch-kulturellen Konflikt unterschätzt (Mielke S. 91). Die Annahme, ländlich geprägte Gebiete lägen mehr Wert auf Tradition, ist durchaus akzeptabel. Sozialstrukturell gesehen müssen jedoch Unterschiede zwischen traditionell-konservativen und ländlichen Ansichten gemacht werden. Nicht anders verhält es sich bezüglich des anderen Extrems. Obwohl ländlich sehr oft konservativ heißt, ist der Umkehrschluss nicht möglich. Eine zusätzliche Differenzierung zwischen konservativ und traditionell (vgl. Geißler, 2006, S.111) würde zu weit führen und die Allgemeinheit des Modells zerstören.

In der Literatur findet sich bei einigen Autoren die Auffassung, der Klassen-Konflikt habe seine Stellung bis hin zur Bedeutungslosigkeit eingebüßt. In jüngerer Vergangenheit wird den Wissenschaftlern wieder klar, dass diese Konfliktlinie immer noch wichtig - wenn nicht die wichtigste aller Cleavages - ist. Im Sozialstruktur-Bericht von 2006 führt Geißler die Bequemlichkeit der Wissenschaft an, diesen Konflikt als erledigt anzusehen, um so das Problem zu umschiffen³. Es lässt sich aber eine zunehmende Volatilität, Unberechenbarkeit und Sprunghaftigkeit, geprägt durch situative Faktoren im Wahlverhalten, nicht verleugnen. Dies gilt besonders seit dem Mauerfall. Im Wettbewerb um Wählerstimmen können die westdeutschen Parteien nicht bzw. nur wenig auf gewachsene Strukturen zurückgreifen (Görl, 2007, S.13).

Für das deutsche Parteiensystem ist die Arbeit vs. Kapital - Auseinandersetzung notwendig, um auf eine sinnvolle Abgrenzung zwischen den Parteien schließen zu können. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass tatsächlich eine „Nivellierung“

³ „in den höheren Etagen der Schichtungshierarchie lebt (und forscht) es sich angenehmer, wenn man davon ausgeht, das ärgerliche Problem der sozialen Gerechtigkeit sei weitgehend gelöst.“ S.117

stattgefunden hat. Die traditionellen Berufe in der Mitgliederstatistik der Parteien gehen merklich zurück. Es finden sich immer mehr Beamte und Angestellte unter den Parteimitgliedern. „Die Beziehungen der Parteien zu ihren einstigen Trägerschichten sind – den Untersuchungen zufolge – auch in der gegenwärtigen Zusammensetzung der Parteiangehörigen noch nachzuweisen, aber sie stehen hinter der allgemeinen Nivellierungstendenz zurück.“ (Biehl, 2006, S. 277). In selbigem Aufsatz spricht Biehl beispielsweise davon, dass sich die Arbeiter-Partei SPD zu einer Arbeitnehmer-Partei entwickelt habe⁴. Die Prägekraft der Parteien sei zurückgegangen. Der Kampf um die Mitte verwische die Unterschiede zwischen Mittelständler- und Arbeiterpartei⁵. Der Begriff *embourgeoisement* nimmt hier eine entscheidende Bedeutung ein: die Arbeiterschaft sieht sich zunehmend als Mittelstand und verkennt dadurch ihre eigentlich Lage. Hervorgerufen wird dies durch den sozialen Wohlstand und den Ausbau des Wohlfahrtsstaates.⁶ Dadurch werden nicht nur Grenzen aufgeweicht, sondern auch verschoben. Man muss nun zwischen „Anhängern eines aktiven und am Leitbild sozialer Gerechtigkeit ausgerichteten Wohlfahrtsstaates“ und solchen Wählergruppen unterscheiden, „die diesen wohlfahrtsstaatlichen Orientierungen eher distanziert gegenüberstehen“ (Mielke, 2001, S.89f).

Fraglich ist nun, ob mit diesen vier bzw. fünf Dimensionen das Modell der Cleavagetheorie bereits ausreichend erklärt werden kann. Gibt es weitere Unterscheidungen, welche die Vielfalt unseres nunmehr Mehr-als-Zwei-Einhalb-Parteiensystems darstellen können?

3 Sozialstrukturelle Veränderungen und neue Konfliktlinien

Die Frage, ob eine (oder sogar mehrere) Einflussgröße(n) den Rang eines Cleavages mit obig genannten drei Bedingungen einnehmen, ist heute nicht mehr so einfach zu beantworten, wie noch vor 40 Jahren.

Die grüne Bewegung (nicht zu verwechseln mit der Partei GRÜNE), die in nahezu allen europäischen Ländern Fuß gefasst hat, scheint mit eigenen Standpunkten im Parteiensystem längerfristig stabil zu sein. Der Braunkohle-Industrielle dürfte sich

⁴ Biehl, 2006, S. 279

⁵ Ebd. S.283f

⁶ Görl, 2007, S. 19

seiner Umweltsünder-Rolle bewusst sein, genauso wie der Veganer auf dem Greenpeace-Schiff. „Die Umwelt“ als Oberbegriff ist ein Massenproblem. Ein Beweis dafür sind eigene Ministerien in Bund und Ländern, Umweltämter in den Kommunen, Tier- und Umweltschutzorganisationen mit enormer Lobbytätigkeit an den Parlamenten und letztendlich die Tierschutz-, Umwelt- und Ökologieparteien selbst. Auf der „umweltschädlichen“ Seite stellt sich wohl kaum freiwillig ein repräsentativer Verband auf. Doch bei einigen Organisationen impliziert der Name bereits eindeutig Tendenzen, die Umwelteuphorie zu bremsen: ADAC und AvD, bestimmte Unternehmerverbände, Landwirte usw.

Problematisch ist dabei, dass es sich bei letztgenannten Organisationen nicht um Zusammenschlüsse handelt, die sich aus Gründen der Gegenwirkung der Umweltbewegung gegründet wurden. Man kann hier mutmaßen, dass die bisherigen Umweltprogramme - trotz manch unverständlich übertriebener Regelungen - noch keinen Handlungsbedarf seitens der Betroffenen erforderten. Trotzdem nimmt das Thema im Sitzungsprotokoll von vielen Organisationen mittlerweile enormen Platz in Anspruch.

Die kurze Beobachtungszeitspanne (vgl. Mielke, 2001, S.88) kann im Jahre 2007 nicht mehr als Grund für ein Abwarten der weiteren Entwicklung zählen. Bei zunehmender Schnelllebigkeit enthält die grüne Bewegung ein auffallend lang anhaltendes Konfliktpotential. Das Problem betrifft - nicht nur aufgrund des Klimawandels - die gesamte Menschheit. Es liegen beide Extreme (vom Abschlachten von emissionierenden Weidekühen bis hin zu altölentleerenden Tankschiffen) vor.

Trotzdem tauchen Bedenken auf, die der grünen Konfliktlinie im Rang eines Cleavages entgegenstehen. Die vier traditionellen Cleavages betrafen die Individuen bis hin zur körperlichen Unversehrtheit. Das Umweltproblem ist jedoch nicht fassbar und verursacht oft nur bei Hochwasser- oder Unwettergeschädigten Bedenken. Dabei sind z.B. viele Regelungen im Landwirtschafts- und Handwerksbereich direkte Konsequenzen aus der Umweltpolitik.

Man kann behaupten, dass es sich um „weiche Themen“ handle, die im Gegensatz zu „harten Themen“, wie den Klassenkampf für Leib und Leben der Bürger nur eine untergeordnete Rolle spielen. Durch den zunehmenden Wohlstand und den obig bereits erwähnten Wohlfahrts- und Umverteilungsstaat, werden die klassischen Cleavages zurückgedrängt. Die Agenda der Parteien hat sich dadurch - gerade auch zu Gunsten von

Umweltthemen – verändert. Unterscheidet sich dieses „Konfliktlinie“ von anderen Cleavage-Anwärttern?

Das Alter der Bundesbürger rückt, im Hinblick auf die Schlagwörter „Generationengerechtigkeit“, „Hüftgelenke“, „Rente mit 67“ und „Jugendarbeitslosigkeit“, immer mehr in den Fokus der deutschen Tagespolitik. Hat man es hier mit einer Konfliktlinie zwischen Alt und Jung zu tun? Die Problematik liegt in der Abgrenzung der beiden Gruppen. Auch wenn eine exakte Definition der Grenzen unsinnig wäre: die grobe Unterteilung in zwei Altersklassen ist durchaus sinnvoll. Der Organisationsgrad ist jedoch sehr gering, da es sich um ein Merkmal handelt, das „quer zu traditionellen Cleavages“ (Görl, 2007, S.19) steht, wie dies auch beim Geschlecht der Fall ist⁷. Der Großteil der Verbände, Vereine und Parteien besitzen eigene Unterorganisationen, die sich mit dem Konfliktfeld Alter auseinandersetzen (SPD: 60+; Union: JU etc.). Trotz allem könnte, mit der Einbeziehung des Alters in ein Cleavage-Modell, die Attraktivität und Wichtigkeit von Konfliktlinien für bestimmte Altersschichten erklärt werden.

C Die Fortentwicklung des Cleavage-Modells durch die Einführung von Skalen

1 Das Modell

Das bisherige Modell von Lipset und Rokkan hatte bisher Cleavages erkennen und Parteien zuordnen können. Dies reicht jedoch für ein Mehr-Parteiensystem, welches sich inzwischen in der Bundesrepublik herauszubilden scheint, nicht mehr aus. Mehr als zehn Parteien stehen im Ruf, Chancen auf Landtags- und Bundestagsmandate zu haben. Sechs Parteien bilden Fraktionen im deutschen Bundestag. Hier eine fast dichotome Einordnung von Parteien in das Cleavage-System vorzunehmen, ist nicht mehr zeitgemäß. Mit der Unterscheidung mancher Parteien auf der Links-Rechts-Skala auf der einen Seite und nach Besetzung von Konfliktthemen auf der anderen Seite ist es nicht mehr getan. Integriert man beide Systeme jedoch in ein Modell, ist einerseits eine genaue Unterscheidung zwischen den Parteien, andererseits eine genaue Festlegung des Standpunkts einer Partei im mehrdimensionalen Raum möglich.

⁷ Die von Görl an dieser Stelle angeführte Behauptung, Ethnizität und regionale Herkunft lägen ebenfalls quer zu den vier traditionellen Cleavages widerspricht den Ausführungen von Hough und Jeffrey.

Dazu gebe man jedem Cleavage eine horizontale Strecke bei, deren quasi-metrisch skalierten Abschnitte das Ausmaß der Positionierung einer Partei im jeweiligen Cleavage wiedergibt (beispielsweise -3 = extrem links -2 = links -1 = mitte-links 0 = mitte 1 = mitte-rechts usw.). Die Wertelabels haben zunächst bezeichnungsneutralen Charakter, da die Bezeichnung „links-rechts“ nicht überall passend ist und zu Missverständnissen führen würde. Dies verleitet – wie so oft in der Rechts- und Linksextremismusforschung, aber auch im allgemeinen Sprachgebrauch – zu Ungenauigkeit.

Für jede Partei muss zunächst geklärt werden, welche Konflikte sie in ihrer Programmatik bedient. Ist dies geschehen, so ist zu erkunden, welche Rolle die verschiedenen Positionierungen im Vergleich zu den jeweilig anderen Konflikten spielt. Manche Cleavages können für eine Partei zentral sein, oder auch eine eher untergeordnete Rolle spielen (Erklärungsgrad). Das Signifikanzniveau für die Relevanz der Konfliktlinie in einer Partei muss einheitlich gestaltet werden.

Da die im Bundestag vertretenen Parteien mehr als ein Cleavage bedienen, ist es sinnvoll, dass zur anschaulicheren Unterscheidung zwei Merkmale gegeneinander abgetragen werden.

So kann das Merkmal x = Arbeit-Kapital gegen das Merkmal y = Staat-Kirche abgetragen werden. Der Unterschied von zwei oder mehreren Parteien kann dadurch – immer unter Berücksichtigung des Erklärungsgrades) deutlich gemacht werden.

Diese Methodik hat zwei Ziele. Primär soll es erreichen, jede Partei für sich einordnen zu können. Sekundär kann es auch die Unterschiede zwischen der Positionierung von Parteien deutlich machen.

Alle Parteien in eine Graphik zu integrieren wird mit steigender Anzahl der Cleavages zunehmend schwierig. Eines der vier traditionellen Cleavages müsste im dreidimensionalen Raum außen vor bleiben.

2 Die Faktoren

Im Modell sollte nach der Erörterung in Teil B unterschieden werden zwischen Traditionalismus-Modernisierung sowie Land-Stadt. Auch die Umweltkonfliktlinie sollte mit einfließen. (6) und (7) wurde oben nicht als eigenes Cleavage eingeführt, verfeinert aber im Gesamtmodell die Unterscheidung.

Damit ergeben sich folgende Konflikte:

1. Zentrum-Peripherie: -3 = bundesdeutsch; 3 = regionalistisch
2. Stadt-Land: -3 = Unterstützung für städtischen Raum; 3 = Unterstützung für ländlichen Raum
3. Modernisierung-Traditionalismus: -3 modern⁸; 3 = konservativ⁹
4. Arbeit-Kapital: -3 = links; 3 = rechts
5. Staat-Kirche: -3 = säkular; 3 = christlich
6. Gleichheit – Individualität: -3 = gleich; 3 = individuell¹⁰
7. Antiautorität – Autorität: -3 = links; 3 = rechts¹¹
8. Umwelt-Konsum: -3 = umweltbewusst; 3 = konsumbewusst

Vielfach wird in der Literatur eine bloße Differenzierung zwischen links und rechts vorgenommen, ohne sich der verschiedenen Dimensionen bewusst zu sein. An späterer Stelle wird anhand der NPD deutlich, wie oft man diese Partei extrem links im Schema einordnen müsste.

3 Die Messung

Für die Messung der Stärke und Position der Parteien bezüglich der jeweiligen Faktoren kann man keine eindeutige Anweisung geben. Allerdings ist es wichtig, ein einheitliches Prüfschema zu finden. Empfehlenswert wäre es hier, die Wähler einer Partei (z.B. btw 2005¹²: f012a-d f26aspd-f26anpd) mit bestimmten issues, die eine Messung der gewollten Information hervorrufen, kreuzen. Problematisch wird es bei der Links-Rechts-Selbsteinstufung, da schon die Frage danach im Hinblick auf die Skalierung der Cleavages äußerst fraglich ist.

Da Befragungen immer auch durch Wertungen der Befragten und Interviewer verbunden sind, ist es ratsam, sich auf statistische Daten wie Vereins- und Verbandmitgliedschaften von Parteimitgliedern (vgl. u.a. Tabellen bei Biehl) und auf die

⁸ „Modern“ hat hier nur bedingt eine wirtschaftliche Dimension. Vielmehr fällt der allgemeine Fortschrittsglaube in Gewicht.

⁹ „Konservativ“ meint in dieser Arbeit (den allgemeinen Definitionen folgend): die Bewahrung des status quo, Bewährtes erhalten. Jedoch impliziert es keinesfalls Rückschritte oder revolutionär-rückschrittliche Ansätze.

¹⁰ Die Punkte 6 und 7 beschreiben eigene Konflikte, die sich großteils unter andere, übergeordnete Konflikte subsumieren lassen. Sie sind jedoch für das Modell notwendig, vor allem mit Hinsicht auf die Unterscheidung zwischen „rechtsradikalen“ und „linksradikalen“ Parteien

¹¹ Siehe Fußnote 9

¹² SPSS-Datensatz zur Bundestagswahl 2005

Berichte zur allgemeinen Sozialstruktur (siehe Geißler) zu stützen. Auch die berufliche Ausrichtung und soziale Herkunft der Parlamentarier ist sehr aufschlussreich¹³. Nicht zuletzt trägt die programmatische Ausrichtung, die durch die Parteien selbst immer wieder aktualisiert werden, zu einer Möglichkeit der Einstufung auf der Skala bei.

4 Die Interpretation

Vorrangig ist, dass man durch dieses Modell die Feststellung von vermeintlichen Überschneidung und Überlagerungen der Parteiausrichtungen vermeiden kann. Untersucht man jede Partei entlang dieser Faktoren, wird sich die Unterschiedlichkeit der Konfliktpositionierungen deutlich zeigen. Von einem Gerangel um die politische Mitte (vgl. Biehl, u.a. S. 277 „catch-all“-Partei, S. 283f) kann man dennoch sprechen. Jedoch zeigen sich die Unterschiede durch eine Auflösung der Nahezu-Dichotomität wieder deutlicher.

Bei der Interpretation ist auf folgende Größen zu achten:

1. der Einfluss des behandelten Faktors auf die gesamtdeutsche Gesellschaft (ggf. dessen Relevanz)
2. die Relevanz des behandelten Faktors für die behandelten Partei
3. der Anteil des behandelten Faktors im Vergleich zu anderen Faktoren bezüglich der behandelten Partei (Erklärungsgrad)
4. die Positionierung auf den Skalen

Trägt man zwei Merkmale gegeneinander ab, so lassen sich durch den Radius vom Nullpunkt auf $P(x,y)$ - und die dadurch bestimmbare Kreisfläche - mehrere Informationen gewinnen. So ist eine Partei umso extremer positioniert, je größer der Kreis ist. Dabei ist es möglich, die Kreisflächen der einzelnen Parteien zu vergleichen. Ebenso ist die Steigung dieser Strecke interpretierbar. Je flacher die Steigung, desto weniger extrem ist die Positionierung bzgl. des Merkmals y . Die Verbindungsstrecke von einer Partei $(x(1),y(1))$ und $(x(2),y(2))$ wächst mit der programmatischen Entfernung der Parteien.

¹³ Siehe Handbücher zur Statistik der Parlamente und Parteien. In: Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 2005

D Die deutschen Parteien im Modell – Ein Überblick

Eine Messung kann im Rahmen dieser Arbeit nicht erfolgen. Dies würde selbigen sprengen. Jedoch soll ein Überblick über die Grobpositionierung der Parteien im Modell gegeben werden, der sich auf bisherige Forschungsergebnisse stützt. Aufgeführt sind die im Bundestag vertretenen Parteien und die NPD. Maßstab ist die in Teil C behandelte Faktorenanalyse. Ziel ist es nicht, alle Einflüsse der Willensbildung auf eine Partei zu benennen, sondern sie anhand von Konfliktlinien zu unterscheiden.

1 Christlich-Demokratische Union

Relevant sind hier der (3) Modernisierung-Traditionalismus-, (4) der Arbeit-Kaptial-, (5) der Staat-Kirche-, (6) der Gleichheit-Individualität- und (7) der Antiautorität-Autorität-Konflikt. Alle anderen Konflikte spielen eine eher untergeordnete Rolle, oder sind nicht vorhanden.

Ohne Diskussion wird hier der CDU unterstellt, konservativ (ca. Stärke 2) zu sein.

Obwohl die CDU im Gegensatz zur SPD einen kleinen Erklärungsgrad bezüglich des Klassen-Faktors aufweist (Mielke, 2001, S. 86), ist er dennoch relevant und dient nicht zuletzt als Gegenpol der gewerkschaftlich-orientierten Sozialdemokratie. Da der Arbeitnehmer-Flügel der Partei nicht zu verachten ist würde die Positionierung bei 1 liegen.

Einen weit höheren Einfluss attestiert Mielke¹⁴ dem Chrch-State-Cleavage, obwohl ein Rückgang der Kirchenbindung deutlich spürbar ist¹⁵. Der Gleichheit-Individualität-Konflikt ist noch aus früheren Jahrzehnten mit dem Slogan „Freiheit statt Gleichheit“ bekannt, der vor allem auch von der bayerischen Schwesterpartei forciert wurde. In der Tagespolitik wird der Konfliktgraben sichtbar, wenn es etwa um Verteilungsfragen, Versorgung von Langzeitarbeitslosen usw. geht.

Der Hang zu mehr Überwachung, Terrorbekämpfung und Datenschutzeingriffen zeugt von einer leichten Rechtslastigkeit in der Staatsorganisation. Dass Relevanz gegeben ist, zeigt das agenda setting des Innenministers bei Fragen der Terrorismus-Debatte.

¹⁴ Mielke, 2001, S.86

¹⁵ Biehl, 2006, S.285f

2 Christlich-Soziale Union

Als signifikant dürften sich (1-3), (5), (6) und (7) herausstellen.

Neben bayerischen Regionalparteien, wie der BP, ist auch die CSU in den Konflikt Zentrum-Peripherie verwickelt. Man versteht sich zwar nicht als benachteiligt gegenüber dem Zentrum, aber als „anders“.

Schon allein deswegen, dass es sich bei der bayerischen CSU nicht um einen Landesverband der Christdemokraten handelt, ist ein Hinweis für das regionale Bewusstsein der Partei. Die bayerischen Sondermeinungen und Standpunkte im Reichs- und Bundestag lassen die intensive Vertretung von regionalen Interessen vermuten (Mielke, 2001, S.82). Im föderalen Staat werden vor allem in Bildung und Kultur eigene Wege beschritten.

Bayern als Flächenland und die CSU als flächendeckend präsenste Partei sind im Stadt-Land-Konflikt nicht selten bei der landwirtschaftlich-ländlichen Lobby-Arbeit zu beobachten. Dazu muss man die ostbayerische und oberbayerische Tourismuspolitik als Indikator für das Stadt-Land-Cleavage im Hinterkopf haben.

Die CSU präsentiert sich zudem stärker konservativ als die CDU. Einen leichten Unterschied könnte man zwischen „konservativ“ (CDU) und „traditionell“ (CSU) vermuten.

Den Christ-Sozialen kann man als der einzigen Partei einen derart hohen Wert in der Positionierung des Staat-Kirche-Faktors zuordnen. Der Organisationsgrad der Katholiken ist nach wie vor hoch (Biehl, 2006, S. 279).

3 Freie Demokratische Partei

Relevant sind hier (3-8).

Das bürgerliche Lager im Parlament (CDU/CSU, FDP) verbindet nur ein einziges Cleavage, an dessen gleicher Seite sie kämpfen: der Klassenkonflikt als Wirtschaftsfaktor. Wäre dieser Punkt nicht so zentral, könnte man sich fragen, wie man Union und FDP in eine Koalition bringen könnte. Denn bis auf die „Rechtsradikalität“ in Wirtschafts- (und Individualitäts-) fragen, stehen die Freien Demokraten in der Faktorenanalyse auf der linken Seite. Die FDP präsentiert sich säkular und modern (Biehl, 2006, S.286). Sie ist auf möglichst geringe Einschränkung der Freizügigkeit des Bürgers bedacht.

Der Streitpunkt mit der Union ist also die Liberalität bezüglich Fragen der Bürgerrechte und Ähnlichem.

Dass bei den Freien Demokraten die Konsumfreundlichkeit relevant sein würde, ergibt sich aus ihrem Ruf, unternehmerorientiert¹⁶ zu handeln. Verstärkt wird dieser Punkt durch die Abgrenzung von den GRÜNEN in dieser Dimension, die nämlich ansonsten große Schnittmengen mit der FDP¹⁷ (bezüglich (3), (5) und (7)) aufweisen.

4 Bündnis90 / Die Grünen

(2), (3) und (5-8) erscheinen als signifikant plausibel.

Mielke¹⁸ spricht von einer Umweltpartei mit Hochburgen, die in einer „überwältigenden Mehrheit in Städten“ liegen. Nicht selten ist die Landwirtschaft beliebtes Opfer von Vorschlägen zur Verbesserung der Umwelt, was sich dann in einem Stadt-Land-Konflikt niederschlägt. Das Stadt-Land-Gegenstück mit gleichzeitigem, wert-konservativen Einschlag bildet die Ökologisch-Demokratische Partei. (2) und (3) bilden eine Grabenlinie, die tief genug ist, um beide Lager sogar weltanschaulich zu trennen, obwohl beide eine grüne Bewegung forcieren. Die Unterschiede in diesem Bereich dürften wohl mindestens 3 Punkte auf der Skala ausmachen. Hier erscheint die Etablierung eines grünen Cleavages sinnvoll, zumal auch die Wahlergebnisse der ÖDP in Bayern und der GRÜNEN in Deutschland nicht zu verachten sind.

Die linke Orientierung in Mielkes Aufsatz muss in eine wirtschaftlich-wohlfahrtsstaatliche und eine ideologisch-linksliberale Dimension aufgeteilt werden. Mielke führt hier den - in Teil B bereits diskutierten - Modernisierung-Traditionalismus-Konflikt auf den Stadt-Land-Konflikt zurück. Zwar unterstreicht die wertekonservative ÖDP eine Verbindung von Tradition und ländlichem Raum, jedoch gilt dies nicht für alle Merkmalsträger in der Parteienlandschaft.

¹⁶ Biehl, 2006, 2006, S. 287

¹⁷ Mielke, 2001, S. 88

¹⁸ Ebd.; die Ausführungen zu den Grünen hält sich an die detaillierten Beschreibungen Mielkes an dieser Stelle des Aufsatzes.

5 Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Zuvorderst steht der Klassenkonflikt (3), der den Großteil des SPD-Modells beschreibt. Dabei heißt Stärke der Erklärungskraft nicht automatisch Radikalität in der Positionierung. Links von den Sozialdemokraten haben noch Sozialisten und Kommunisten Platz. Trotz des sozialstrukturellen Wandels und des Wählerwerbens der Partei im bürgerlichen Lager bleibt die Sozialdemokratie auf einer linken Position im Parteienspektrum - nicht zuletzt deswegen, weil das Wählerumfeld der Arbeiter und Arbeitnehmer¹⁹ identitäts- und sinnstiftend ist (Biehl, 2006, S. 277).

Neben dem Hauptthema sind die Faktoren (5) und (6) von Bedeutung. Wenn man den Osten (der auch zur Schrumpfung der Kirchen-Anteile in anderen Parteien beigetragen hat) ausklammert, so kann man die SPD als protestantisch geprägte Partei charakterisieren (Biehl, 2006, S. 285).

Der Gegner der Union in der „Freiheit-Gleichheit“ - Auseinandersetzung ist das linke Lager, das die Gleichheitstheorie vertritt. Den Rang einer damals einzig nennenswerten Partei auf der linken Seite hat die SPD nun nicht mehr inne. Die Grünen und die Linke sind im Bundestag mit von der Partie, wenn man vom linken Lager spricht.

6 Die Linke / Linkspartei / PDS

Der Klassenkonflikt (3) ist auch hier die zentrale Konfliktlinie. Der Erklärungsgrad ist hoch. Die Positionierung ist radikaler als die der SPD. Hinzu kommt eine ausgeprägte Leidenschaft zur Forcierung der Zentrum-Peripherie-Konfliktlinie (2). Dieses trennt in deutschen Fall den Osten und den Westen. Obwohl verstärkt Tendenzen auftauchen, auch in Westdeutschland Fuß zu fassen, beschwört man in den ostdeutschen Kommunen den Geist der Linkspartei als Vertretung der Sorgen des ostdeutschen Bürgers.

Im Übrigen ist die PDS alias Linkspartei diejenige Partei, mit dem höchsten Prozentsatz an Konfessionslosen (98%²⁰).

Genau wie die SPD setzt die Linkspartei - wie bereits oben schon angedeutet - auf die Gleichheitstheorie und tendiert offiziell zu einem eher antiautoritären Stil.

¹⁹ Siehe dazu A 2 „Klassenkonflikt“

²⁰ Vgl. Biehl, 2006, S. 283: Erwerbsposition, Konfessionszugehörigkeit und Vereinsmitgliedschaften der Parteimitglieder in Deutschland 1998 bzw. S. 285

Vergleicht man die Unterschiede zwischen den Parteien, so wird man feststellen, dass vor allem SPD und Linke große Gemeinsamkeiten aufweisen. Dies erklärt auch die Sorge der SPD, dass durch die neue Salonfähigkeit der Linken (durch „Fusion“ der PDS mit einer überbewerteten und mitgliederschwachen WASG) Wählerpotential verloren gehen könnte.

7 Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Zunächst muss das strittige Thema (3) geklärt werden. Im Rechtsextremismus wird oft Althergebrachtes aus Tagen vor der Gründung der BRD als Lösung für aktuelle Probleme angeboten und damit als neu angepriesen. Eine Einstufung auf der modern-konservativ-Konfliktlinie ist außerdem im üblichen Sinne nicht zulässig, da es sich bei „Traditionen“ beispielsweise nicht um gewachsene Brauchtumpflege oder konservative Einstellungen, sondern um Aufwärmung von keltischen Riten (kulturell) und revolutionärem Gedankengut²¹ (politisch) handelt. Gerade bei letzterem Punkt kann also nicht von „konservativ“ die Rede sein, da schon die Definition des Wortes²² einen Umsturz des Systems ausschließt. Hoffmann spricht von einem „unreflektierten Fortschrittsglauben“ (Hoffmann, 1999, S. 15). Die Positionierung auf dieser Dimension ist also äußerst problematisch.

Alle anderen relevanten Faktoren (4-7) lassen sich eindeutiger beschreiben. Was den Klassenkampf angeht, so ist die NPD am äußersten linken Rand einzuordnen. Ziel ist die Zerschlagung des freien (kapitalistischen) Wettbewerbs und die Überführung der Güter in Volkseigentum mit staatlicher Kontrolle²³.

Bis auf die frühen Vorsitzenden der NPD, hat die Führungsriege eine christliche Bindung eher abgelehnt²⁴. Man ist säkular orientiert. Hoffman merkt hier die „Abneigung von älteren Frauen, die NPD zu wählen“ an, da diese eine überdurchschnittliche Bindung zu Kirche aufweisen würden²⁵.

²¹ Vgl. Hoffmann, 1999, S. 338: Forderung nach Umsturz des Systems im Niedersachsen-Spiegel - Deutsche Stimme für Niedersachsen

²² Siehe dazu Fußnote 8. Auch wenn Hoffmann auf S. 15 eine konservative Revolution anspricht, so ist diese Vorstellung nur schwer in das heutige, deutsche Parteiensystem übertragbar.

²³ Vgl. Hoffmann, 1999, S. 253ff. Wobei man sich in dieser Frage wohl in der Zwickmühle befindet, da man sowohl den Kapitalismus, als auch den Kommunismus ablehnt.

²⁴ Vgl. Hoffmann, 1999, S. 390ff

²⁵ Hoffmann, 1999, S. 365

Im Punkt (6)²⁶ unterscheiden sich Linke und NPD ebenfalls kaum. Auch wenn die NPD niedrigere Erklärungsgrade bezüglich der Faktoren (4), (5) und (6) aufweist, sind doch auffallende Parallelen (auch bezüglich der Positionierungen) zu erkennen.

Anders verhält es sich mit dem Stellenwert der Autorität. Hier verleugnet die Linke offiziell den sozialistischen Hang zur Kaderbildung. Die Nationaldemokraten bekennen sich öffentlich zu Hierarchie und Autorität. Hier kann man als Näherungswert die 3 auf der Skala vergeben.

Die zusätzlichen Programmpunkte der Nationaldemokraten, was beispielsweise Ausländer auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft betrifft, bleiben im Modell ausgeklammert. Hier soll keine Einordnung der Partei in die rechtsextreme Szene stattfinden. Vielmehr sollen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu anderen Parteien herausgestellt werden.

E Probleme des Modells

Eine grobe Einordnung der Parteien aufgrund von Literatur heißt hier, dass man sich aus den Erfahrungswerten anderer Wissenschaftler Teilinformationen herausgreift, die brauchbar erscheinen. Diese Anhäufung und Zusammenführung von Wissen ist äußerst unbefriedigend. Eine empirische Untersuchung anhand des Modells ist aufwendig, da nicht alle benötigten Informationen sofort zugänglich sind. Viele müssten indirekt über Interviews und Fragebögen erhoben werden. Hilfreich ist es natürlich, wenn Sekundärdaten vorhanden sind. Diese und die vorliegenden Informationen über sozialstrukturelle Merkmale von Parteimitgliedern müssten für jede Partei zusammengetragen und ausgewertet werden.

Eine Einteilung der Dimensionen in 7 Abschnitte ist sinnvoll, aber nicht zwingend nötig. Die Ermittlung des Erklärungsgrades wird sich nur schwer prozentual auf Nachkommastellen errechnen lassen. Hier ist das Modell noch unausgereift und muss verbessert bzw. fortentwickelt werden. Das heißt jedoch nicht, dass es zu einer Genauigkeit mit Angabe von Nachkommastellen kommen soll. Dies ist auch kaum möglich, da sich die Tagespolitik im unbereinigten Verlauf bemerkbar macht. Die Skala kann also höchstens quasi-metrisch und nie metrisch werden.

²⁶ Vgl. dazu Parteitagssrede 1978 von Mußgnug (In: Hoffmann, 1999, S. 338)

Gesamt gesehen muss der einfache Schritt von einer ungefähren Einordnung zu einer genauer bestimmten Einordnung getan werden, was durch dieses Modell geschieht. Anders wird die Parteienlandschaft Deutschlands mit einer zunehmenden Zahl an konkurrierenden Parteien auf Landes- und Bundesebene zu unübersichtlich.

Literaturverzeichnis

Biehl Heiko: Wie viel Bodenhaftung haben die Parteien? Zum Zusammenhang von Parteimitgliedschaft und Herkunftsmilieu, 2006. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (2006). S.277-292.

Boyer Josef / Kössler Till: Teilband IV SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie die Grünen - Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990. In: Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 12: Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Düsseldorf, 2005.

Gallagher Michel / Laver Michael / Mair Peter (Hrsg.): Representative Government in Modern Europe – Institutions, Parties, and Governments, 4. Auflage, New York, 2006. Kap.9

Geißler Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands – Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Wiedervereinigung, 4. Auflage, Wiesbaden, 2006.

Gnad Oliver / Franz Corinna: Teilband II CDU und CSU – Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990. In: Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 12: Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Düsseldorf, 2005.

Gnad Oliver / Gniss Daniela / Hausmann Marion / Reibel Carl-Wilhelm: Teilband III FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien - Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990. In: Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 12: Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Düsseldorf, 2005.

Görl Tilo: Klassegebundene Cleavage-Strukturen in Ost- und Westdeutschland – Eine empirische Untersuchung. In: Rattinger Hans / Gabriel Oscar W. / Schmitt-Beck Rüdiger (Hrsg.): Studien zur Wahl- und Einstellungsforschung. Baden-Baden, 2007.

Hoffmann Uwe: Die NPD – Entwicklung, Ideologie und Struktur. In: Europäische Hochschulschriften, Reihe XXXI, Politikwissenschaft. Frankfurt am Main. 1999.

Mielke Gerd: Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem – Anmerkungen zum Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan. In: Eith Ulrich, Mielle Gerd (Hrsg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme – Länder- und Regionalstudien, Wiesbaden, 2001. S. 77-95

Hough Dan / Charlie Jeffery: Wahlverhalten und Parteienwettbewerb in regionalisierten Staaten, 2004. In: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2004. Baden-Baden. 2004. S.49-66

SPSS-Datensatz btw2005: Deutsche Bundestagswahlstudie 2005 „Bürger und Parteien in einer veränderten Welt“, 2005